

# Rieser Tagesblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Verlagsort:  
Tagesblatt Rieser.  
Herausg. Nr. 22.  
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tagesblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Reichen behördlicherseits bestimmtes Blatt.

Postfach:  
Rieser 1522.  
Verlag:  
Rieser Nr. 22.

Nr. 225.

Donnerstag, 26. September 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Druckzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Nützliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. G. J. Zeitgräber, Rieser; für Angelegenheiten: Wilhelm Dittrich, Rieser.

## Koalitionsende in der Tschechoslowakei.

Was schon längst voraussehen war, ist nun Ereignis geworden. Die tschechoslowakische Regierungskoalition hielt nicht mehr länger zusammen. Auch zwei deutsche Parteien, die Agrarier und die Christlichsozialen waren an dieser Regierung beteiligt und stellten den Justizminister Mayer-Harting und den Arbeitsminister Spina. Wenn man sich von dieser Mitwirkung der Deutschen eine Besserung des Verhältnisses zwischen Tschechen und Deutschen erhoffen konnte, so erwies sich das freilich bald als eine Täuschung. Die beiden genannten Parteien stellten durchaus ihre wirtschaftlichen Interessen über die nationalen und der Kampf um die deutsche Schule, der Kampf um die Befreiung der Beamtenstellen, um die Beschäftigung des deutschen Grundbesitzes mußte weitergehen wie zuvor. Von dieser Seite ist deshalb auch der Zerfall der Koalition nicht gekommen. Weit mehr Schwierigkeiten machten schon die Slowaken. Ihr Führer Tula wurde in einem Hochverratsprozeß verwickelt. Er sollte unter dem Deckmantel der Autonomie angeblich für eine selbständige Slowakei kämpfen und in diesem Sinne sogar nach der magyarischen Seite hinüber konvertieren. Noch ist der Prozeß Tula nicht beendet. Die slowakische Volkspartei drohte aber schon jetzt aus der Koalition auszutreten, wenn eine Beurteilung erfolgen würde.

Die eigentliche Entscheidung brachte der Gegensatz zwischen der tschechischen Agrarpartei und der tschechischen katholischen Volkspartei. Diese beiden Parteien stehen in einem engeren Konkurrenzverhältnis, weil sie beide um die Seele des tschechischen Bauern werden, wobei die einen mehr mit materiellen, die anderen mehr mit ideellen Argumenten arbeiten. Die tschechischen Agrarier waren bis vor kurzem von dem Minister Schwedia geführt, der immerhin einiges Vertrauen auch über die enge Grenze hinaus genoß. Als er erkrankte, fand sich kein würdiger Nachfolger. Um die Zahl der Ministerstellen war zwischen den beiden Parteien schon von jeher ein Streit im Gange. Die tschechische Agrarpartei hatte drei Minister, die tschechische katholische Volkspartei nur zwei. Nun gab der agrarische Ministerpräsident, Ubral, auch noch des Kriegsministeriums, das bisher mit dem Amte des Ministerpräsidenten verbunden war, als selbständiges Ministerium an einen Parteigenossen. Das schlug dem Haß den Boden aus. Die katholische Volkspartei erklärte auch ihrerseits, nicht mehr mitarbeiten zu wollen und damit war das Schicksal der Koalition besiegelt. Eine andere Koalition ist aber bei der jetzigen parteipolitischen Zusammenfassung des Prager Parlaments nicht möglich. Es blieb nichts anderes übrig, als Neuwahlen.

Besonders gern geht wohl keine bürgerliche Partei in der Tschechoslowakei in den Wahlkampf hinein. Es hat auch keine Partei Anlaß, sich großen Gewinn von ihm zu versprechen. Die Angst vor Neuwahlen war es, die die innerlich so weitestgehenden Parteien zusammenhielt. Aber schließlich hatte man sich gegenseitig doch zu sehr verzerrt und so stützte man sich aus Abscheu vor einander in den Abgrund der Wahlbewegung. Unverhohlen gibt die Sozialdemokratie ihrer Freude Ausdruck, weil sie eine gute Wahlparole zu haben glaubt. Die tschechische Agrarpartei hat reichlich kräftiges staatliche Nachmittels für ihre Parteizwecke ausgenutzt und die sogenannte Bodenreform nach parteipolitischem Interesse mißbraucht. Als sie den Antrag stellte, die Hagel- und Viehvericherung zu verstaatlichen, war sofort der allgemeine Eindruck, daß auf diesem Wege wiederholt bezahlte Kosten für Parteifunktionäre geschaffen und staatliche Gelder für Parteizwecke flüssig gemacht werden sollten. Außerdem hat die Regierungskoalition die Sozialversicherung verflüchtigt und ebenso die Landes- und Bezirksvertretungen in un-demokratischer Weise umgestaltet, indem ein Drittel der Abgeordneten nicht mehr gewählt, sondern von der Regierung ernannt wird. Die tschechische katholische Volkspartei hat vorwiegend für tschechische Interessen gesorgt, wie ja auch schon an ihrer Spitze der Geistliche Herr Schramel steht. Die Erhöhung der Gehälter der Geistlichen hat nicht überall bei der Bevölkerung Verständnis gefunden. Den Gemeinden wurde das Selbstbestimmungsrecht eingeschränkt, und die nationalen Gegensätze im Lande verschärften sich trotz des national so bunt zusammengesetzten Kabinetts. So ist denn glücklich alles aufgewühlt, alles war zuletzt unzufrieden, und die Entspannung durch die Auflösung des Parlaments wird schon jetzt als Erlösung betrachtet.

## Vor einer Regierungstrife in Thüringen?

W e i m a r. Die Christl.-natl. Bauern- und Landvolkpartei, die Wirtschaftspartei, die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten nahmen Stellung zur Haltung des Thüringer Landtages gegenüber dem Young-Plan. Es wurde ein Antrag angenommen, wonach die Regierung beauftragt wird, im Reichsrat gegen die Gesetzentwürfe der Reichsregierung auf Annahme des Young-Plan-Abkommens zu stimmen. Dieser Antrag bedeutet praktisch die Sprengung der Thüringer Koalition, da sich die vor genannten Parteien durch ihre Haltung in offenen Gegensatz zu den anderen Koalitionsparteien, der Deutschen Volkspartei und den Demokraten, gestellt haben. Vor der Hand steht noch nicht fest, ob und wann der Landtag zusammentritt wird, da ein Antrag auf Einberufung noch nicht vorliegt. Es ist aber anzunehmen, daß nunmehr die Auflösung des Landtages beschlossene Sache wird.

## Rücktritt des österreichischen Kabinetts.

### Die Rücktrittserklärung des Bundeskanzlers Streeruwitz.

W i e n. Auf Ersuchen des Bundeskanzlers Streeruwitz traten vor der gestrigen Ministerratssitzung die Vertreter der Mehrheitsparteien mit den Ministern zu einer kurzen Sitzung unter dem Vorsitz des Obmannes der christlich-sozialen Fraktion, Abg. Kunisch, zusammen. Bundeskanzler Streeruwitz gab die Erklärung ab, daß er in Anbetracht der politischen Situation zu dem Entschluß gekommen sei, die Reform der Verfassung einer anderen Regierung zu überlassen. Er schlug als Nachfolger den ehemaligen Bundeskanzler Polizeipräsident Schöber vor. Die Vertreter der Mehrheitsparteien, Dr. Seipel, Dr. Botawa und Dr. Schönbauer, gaben unter Worten der warmen Anerkennung und des besten Dankes für den Bundeskanzler und sein Kabinetts die Erklärung ab, daß sie in Anbetracht der politischen Lage die Erklärung des Bundeskanzlers zur Kenntnis nehmen müssen und seinem Vorschlag hinsichtlich der Nachfolgefrage zustimmen. Daraufhin trat der Ministerrat zusammen und stimmte dem Vorschlag des Bundeskanzlers auf Demission der Gesamtregierung zu. Die Mitglieder des Kabinetts dankten dem Bundeskanzler für sein jederzeit bewiesenes freundschaftliches und loyales Entgegenkommen. Noch im Laufe des Abends begaben sich die drei Obmänner der Mehrheitsparteien zu dem Polizeipräsidenten Schöber. Bundeskanzler Streeruwitz begab sich sodann zum Bundespräsidenten Miklas und machte ihm von der erfolgten Demission der Regierung Mitteilung. Der Bundespräsident betraute die Regierung mit der Fortführung der Geschäfte bis zur Ernennung der Regierung.

W i e n. (Telunion.) In Wirklichkeit ist das Kabinetts Streeruwitz durch den Landtag gestürzt worden. In einer langen Nachmittags-Sitzung hat die Reichsparteileitung des Landtages am Mittwoch beschlossen, den Gesamtrücktritt der Regierung zu verlangen, und zwar mit einer Begründung, in der die mangelnde Rührigkeit der Regierung hervorgehoben wird und ferner die Beunruhigung sowohl im österreichischen Wirtschaftsleben als auch die Zurückhaltung des Auslandes im Kredit für Österreich.

Die weiter bekannt wird, daß der Bundeskanzler den Rücktritt gefordert, noch bevor der Beschluß der Reichsparteileitung des Landtages bekannt geworden war. Er hat im Ministerrat erklärt, daß er seine Aufgabe als beendet ansehe und zurückzutreten wünsche. Auch ist es Bundeskanzler Streeruwitz gewesen, der selbst die Wahl Schöbers zu seinem Nachfolger vorgeschlagen hat.

## Nach dem Rücktritt des Wiener Kabinetts.

W i e n. Die Führer der Mehrheitsparteien haben sich noch im Laufe des Mittwoch abend zum Polizeipräsidenten Schöber beggeben, um ihm die Bundeskanzlerschaft anzubieten. Schöber hat diesen Antrag angenommen. Die üblichen Förmlichkeiten bei der Ernennung eines Bundeskanzlers werden zweifellos sehr rasch vollzogen werden. Es ist möglich, wenn auch durchaus noch nicht sicher, daß die Wahl Schöbers in der Sitzung des Nationalrates am Donnerstag stattfindet. Kann das noch nicht geschehen, so würde die Sitzung nur formalen Charakter haben.

Die Vorgeschichte der Kabinettskrise ist eng verbunden mit der regen politischen Tätigkeit, die die Heimwehr und ihre Führer während der letzten Wochen entfaltet haben. Die Wiederholte und sehr nachdrückliche Forderung, daß die Heimwehren eine Lösung der Verfassungsfrage durch

das Kabinetts Streeruwitz für unmöglich halten, hat in allen politischen Kreisen sehr stark gewirkt. Die Führer der Heimwehren haben sich insbesondere darauf berufen, daß ein Regierungsführer, der auf ein Verfassungsprogramm hin gewählt worden sei, unmöglich eine Kompromittierung führen könne.

Tatsächlich hatte sich in den letzten Tagen in weiten Kreisen der Öffentlichkeit mit Einschluß der Wirtschaft ein immer stärkeres Gefühl der Unsicherheit geltend gemacht. Zahlreiche führende Politiker, und zwar auch solche, die mit der Heimwehrbewegung nicht verbunden sind, haben dem Bundeskanzler Streeruwitz im Laufe der letzten Tage ihre schweren Bedenken gegen die Fortdauer des kaum mehr erträglichen Schwerezustandes vergebens angedeutet. Tiefe Bedenken haben auch in der christlich-sozialen Partei selbst bestanden, doch hat der Führer der Partei, Dr. Seipel, aus naheliegenden Gründen in dieser Sache jede Uneinmigung streng vermieden. Infolgedessen tauchte die schwierige Frage auf, wer den entscheidenden und formalen Schritt tun sollte, um den unvermeidlichen Rücktritt herbeizuführen. Hier hat nun der Landtag, die Schwächste der drei Koalitionsparteien, eingegriffen, nicht ohne Fühlung mit gewissen christlich-sozialen Kreisen und in der offenkundigen Absicht, der Heimwehrbewegung entgegenzukommen. Der Landtag hat damit erreicht, daß die Spannung aufgehört hat, die durch die vorliegende Veröffentlichung seines Verfassungsentwurfes von Deutsch-Österreich der Heimwehr gegenüber entstanden war. Bundeskanzler Streeruwitz selbst dürfte infolge mangelnder Fühlung mit den zur Zeit wichtigsten politischen Kreisen die Lage nicht klar übersehen haben. Einige Vertrauenskundgebungen der letzten Tage konnten ihn sehr wohl in der irrigen Auffassung der Lage bestärken, er würde sonst zweifellos seinen Entschluß früher gefaßt haben. Tatsache ist, daß Streeruwitz sehr häufig erklärt hat, er wolle sich sofort zurückziehen, wenn er innerhalb der Mehrheitsparteien nicht das nötige Vertrauen finde. Auch die Großdeutschen haben ansehend zu der Vertiefung des Irntums beigetragen, indem sie bis Mittwoch nachmittag das Bleiben des Bundeskanzlers Streeruwitz als möglich und wünschenswert bezeichneten. Inzwischen hat aber Streeruwitz selbst zumindest im Laufe des Mittwoch ein klareres Bild der Lage gewonnen und die Folgerungen daraus gezogen.

## Abbau der Wiener Steuern.

W i e n. Der Wiener Landtag wird demnächst sieben Vorlagen in Beratung ziehen, die sich auf die von dem Wiener Magistrat vorgeschlagenen Ermäßigungen der städtischen Steuern beziehen. So sind u. a. Ermäßigungen vorgeschlagen bei der Nahrungs- und Genussmittelabgabe in der Höhe von 20 Prozent für die Jahre 1930/31, weiter eine Ermäßigung der Fürsorgeabgabe von 3 1/2 Prozent auf 6 Prozent mit Beginn des nächsten Jahres, der Fremdzimmerabgabe um ein Viertel, weiter eine Herabsetzung der Kraftwagenabgaben, der Inferatensteuer um ein Drittel, der Anknüpfungsabgabe sowie der Zubehörssteuer, und zwar der Abgabe für nichtbewegliche Lichtbilder von 7 auf 3 Prozent, der Abgabe für Proskatide und Operaufführungen auf 4 Prozent und für sportliche Veranstaltungen vorgeschlagen, ebenso wird die Kinoabgabe herabgesetzt und eine Verlängerung der Veranlassungsdauer bis 2 Uhr nachts vorgeschlagen. Die Vorlagen enthalten die Bestimmung, daß die Wiener Landesregierung ermächtigt wird, diese Ermäßigungen aufzuheben, wenn durch Abänderung des Finanzverfassungs- oder Abgabeneinführungsgesetzes oder durch ein anderes Bundesgesetz die Einnahmen Wiens geschmälert oder der Stadt neue Lasten auferlegt werden.

## Wenn der Kanzler kommt!

B e r l i n. Reichskanzler Hermann Müller wird erst am Freitag in Berlin erwartet. Stresemann und Dr. Cuno sind inzwischen hier eingetroffen. Für Freitag nachmittags ist, wie wir hören, eine Kabinettsitzung angesetzt, die sich mit den laufenden Geschäften befassen wird, aber wohl in der Hauptsache die Arbeitslosenfragen zu regeln vermag. Zum ersten Mal seit vielen Wochen ist das Reichskabinetts wieder vollständig. Am Sonnabend wird der Reichskanzler Verhandlungen mit Führern seiner Partei haben, Stresemann mit Führern der Deutschen Volkspartei. Wahrscheinlich wird, noch ist er aber nicht einberufen, der interfraktionelle Ausschuss am Sonnabend nachmittags zusammenzutreten unter Teilnahme des Reichskanzlers und des Außenministers, und hierbei soll verhandelt werden, die lange angeordnete Verhandlung zu erreichen. Gelingt das am Sonnabend nicht, so ist die Montag-Sitzung des Reichstages ein kritischer Tag erster Ordnung. Wenn man auch davon spricht, daß der Reichstag für einige Tage noch vertagt werden kann, so dürfte wahrscheinlich sein, daß er das Arbeitslosengesetz nach der ersten Sitzung einem Ausschuss überweist und inwieweit die Verhandlungsverhandlungen weitergehen. Innerhalb der Regierung wird man, wie wir hören, bemüht sein, die großen Differenzen zu beseitigen, um die Koalition, die man für den Youngplan braucht, nicht in Gefahr zu bringen.

## Neue russische Note an China.

M o s k o u. (Telunion.) Nach Meldungen aus Peking übermittelte am Mittwoch das Außenkommissariat der Sowjetunion dem dortigen deutschen Vizekonsul eine Note zur Weiterleitung an die chinesische Regierung. In der Note verweist die Sowjetregierung auf ihre Note vom 9. September an China mit der Forderung, das chinesische Oberkommando in der Nordmanchurie solle sämtliche weingardistischen Bänder sofort auflösen, da diese einen Krieg verursachen könnten. Trotzdem habe bisher die chinesische Regierung die weingardistischen Bänder nicht entlassen, sondern falsche Nachrichten über angebliche Ueberfälle russischer Truppen verbreitet. Die Sowjetregierung stelle fest, daß sie alle Maßnahmen zur Verhütung eines Krieges mit China getroffen habe. Sie mache deshalb für alle Ueberfälle weingardistischer Bänder auf Sowjetgebiet verantwortlich. Die Sowjetregierung erklärt, daß sie dem Oberbefehlshaber der russischen Truppen im fernem Osten, Blücher, sämtliche Vollmachten zum Schutze der sowjetrussischen Grenze erteilt habe. Der Oberkommandierende der Roten Armee im fernem Osten werde alle unternehmenden, um Ueberfälle auf russisches Gebiet zu unterbinden.